

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

E i n l a d u n g

zur Sitzung der Stadtvertretung am Mittwoch dem 26. Juni 1946,
15 Uhr im Rathaus, Ratssaal.

- - -

T a g e s o r d n u n g

- 1) Betrifft: Bericht über die Verhältnisse in den Kieler Schulen.
Berichterstatter: Stadtrat W i t t m a a c k

- 2) Betrifft: Umbau der Kaserne III Eichhof für Schulzwecke.
Berichterstatter: Frau Stadtoberschulrätin J e n s e n
Mitberichterstatter: Stadtkämmerer Dr. J e s c h k e und
Stadtbaudirektor J e n s e n .
Antrag: Für den Umbau der Kaserne III Eichhof den Betrag von
50.000,-- RM zu bewilligen und durch den Haushaltsplan
bereitzustellen. - Material verteilt -

- 3) Betrifft: Mietweise Überlassung des Saales im Thaulow-Museum
Berichterstatter: Frau Stadtoberschulrätin J e n s e n
Antrag: Bereitstellung von 1.800,-- RM bei 330/520 für Miete.
- Material verteilt -

- 4) Betrifft: Neuregelung des Systems der Bezirks-Architekten
Berichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n
Mitberichterstatter: Stadtkämmerer Dr. J e s c h k e .
Antrag: Zustimmung zur Vorlage. - Material verteilt -

- 5) Betrifft: Vergebung der Bauarbeiten zur Verlängerung der Ent-
wässerungsleitung Brunswikerstraße im Zuge der Auf-
schüttungsarbeiten an der Wasserallee an die Firma
Karl S c h a r n b e r g , Kiel
Berichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n
Mitberichterstatter: Bauassessor S a u e r .
Antrag: Zustimmung, daß der Firma Karl Scharnberg der Auftrag
auf Ausführung der Bauarbeiten auf Grund ihres mit
117.359,80 RM abschließenden Angebots vom 9.4.1946
erteilt wird. - Material verteilt -

Q23

- 6) Betrifft: Vergebung des Abbruchs einer Brücke auf dem Sperrwaffen-Arsenal in Jägersberg-Körügen
Berichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n
Antrag: Zustimmung zur Auftragserteilung an die Firma Wilhelm C a r s t e n s . - Material verteilt -
- 7) Betrifft: Behelfsmäßige Verbreiterung der Preetzer Chaussee bzw. Straße zwischen Röntgen- und Rüsterstraße.
Berichterstatter: Oberbaurat F r a n k e
Antrag: Bereitstellung der erforderlichen Mittel in Höhe von 160.000,-- RM - Material verteilt -
- 8) Betrifft: Zuschlagserteilung auf Durchführung von Oberflächenbehandlung verschiedener Straßen.
Berichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n
Antrag: Zuschlagserteilung an die Firma August K l ö p p n e r . - Material verteilt -
- 9) Betrifft: Grundstücksregulierung an der Flensburger Straße
Berichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n ,
Antrag: Zustimmung zur Vorlage. - Material verteilt -
- 10) Betrifft: Antrag Hauberg auf Rücküberweisung einer enteigneten Koppel
Berichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n ,
Antrag: Zustimmung zur Rücküberweisung. - Material verteilt -
- 11) Betrifft: Beschaffung von Gedenkplatten für Bombenopfer.
Berichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n
Antrag: Zuschlagserteilung an Firma Schlüter & Ahrens
- 12) Verschiedenes.

K o c h

Anwesenheitsliste
für die Sitzung der Stadtvertretung am 26. VI. 1946 15⁰⁰ Uhr

Name

Unterschrift

Dr. Becker, Otto

Behncke, Emil

Book, Fritz

Brede, Dorothea

Breitenstein, Walter

✓ Burmester, Rudolf

seit 17¹⁰

✓ Diekmann, B.

Dose, Heinrich

Dr. Deussen, Wolfgang

Dobrutz, Walter

Einfeldt, Heinrich

Dr. Eicke

Engel, Otto

Ehrig, Wilhelm

✓ Gayk, Andreas

Behncke

Brede

Breitenstein

Fritz Book

Dr. Deussen

Dobrutz

Engel

Ehrig

Name

Unterschrift

Giese, Reinhold

Gottschalk, Rudolf

Hombrecher, Wolfgang

Husfeldt, Andreas

Dr. Husfeldt, Paul

Jung, Hedwig

Karge, Bernhard

Kintzinger, Ernst

Koch, ~~Willi~~

Kletscher, Emil

Kosalewsky, Walter

Kossack, Bruno

Krauturst, Karl

Dr. Lindemuth, Karl

Müller, Adolf

Rudolf Gottschalk

Wolfgang Hombrecher

Andreas Husfeldt

Dr. Paul Husfeldt

Hedwig Jung

Bernhard Karge

Ernst Kintzinger

Walter Kosalewsky

Bruno Kossack

Karl Krauturst

Karl Lindemuth

Name

Unterschrift

Dr. Nielsen, Nicolai

Nielsen

Nickelsen, Adolf

Nickelsen

Neubauer, Ernst

Oertel, Alfred

Oertel

Prey, Ernst

Prey

Ratz, Karl

Ratz

Röstel, Ruth

Röstel

Schwein, Robert

Schwein

Stoffers, Ernst

Stoffers

Schätz, Gustav

Schätz

Schmidt, Max

Schmidt

Schröder, Hans

Schröder

Schwartz, Hans

Schwartz

Preßler, Otto

Stade, Hans

Stade

N a m e

Unterschrift

X. Schlarbaum, Rudolf

Schlichting, Alois

Völker, Gertrud

X. Wittmann, Max

Wittmann
Völker
Max Wittmann

Betr.: Umbau der Kaserne III Eichhof für Schulzwecke.

Berichterstatter: Frau Stadt- Oberschulrätin J e n s e n,

Mitberichterstatter: Städtkämmerer Dr. J e s c h k e

Mitberichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n

Antrag: Für den Umbau der Kaserne III Eichhof den Betrag von R_M 50.000.- zu bewilligen und durch den Haushaltsplan 1946 bereitzustellen.

Begründung: Infolge des Ausfalls vieler Schulen herrschte in Kiel, ein überaus grosser Mangel an Schulraum. Es ist daher beabsichtigt, das Kasernengebäude III der Eichhofkaserne als Schule herzurichten. Der Ausschuss für Schulen und Kultur hat beschlossen, die Kaserne III für Schulzwecke herrichten zu lassen und die Mittel für den Umbau bei der Kämmererei zu beantragen.

Die Bit. Militär-Regierung und der Oberfinanzpräsident haben sich bereit erklärt, das Gebäude für Schulzwecke zur Verfügung zu stellen. Im Erdgeschoss soll eine Volksschule untergebracht werden, um Kinder aus dem Westen der Stadt einzuschulen. Im 1. Stock wird die Handelsschule untergebracht werden, die bisher noch nicht eröffnet werden konnte, weil kein Raum zur Verfügung steht. Ausserdem wird hier die kaufmännische Berufsschule und ein kaufm. Abiturienten-Kursus untergebracht werden, die jetzt behelfsmässig in der Mittelschule am Winterbocker Weg Unterkunft haben, in Räumen, die dringend von der Mittelschule gebraucht werden. Der 2. Stock ist für die Frauenberufsschule vorgesehen, die z.Zt. behelfsmässig am Sonderburger Platz ein Heim gefunden hat; auch in Räumen, die dringend für die Volksschule gebraucht werden. Das Dachgeschoss soll für die Frauenfachschule und das Kindergärtnerinnen-Seminar ausgebaut werden. Für beide Schulen liegt ein dringendes Bedürfnis vor. Die Frauenfachschule wird nach Pfingsten im Schulgebäude am Sonderburger Platz behelfsmässig eröffnet. Während das Kindergärtnerinnenseminar erst beginnen kann, wenn die Räume in der Eichhofkaserne zur Verfügung stehen. Die Kosten für den Umbau betragen nach den aufgestellten Entwürfen 50.000 R_M.

Jensen

STADT KIEL
Schul- u. Kulturamt

Anl. 2
K i e l , den 17. Juni 1946

Betr.: Mietweise Überlassung des Saales im Thaulow-Museum.

Berichterstatter: Städt. Oberschulrätin Frau J e n s e n .

Antrag: Bereitstellung von 1800,-- RM bei 330/520 für Miete.

Begründung:

Die Militär-Regierung beabsichtigt, in Kiel einen öffentlichen Leseraum zu eröffnen, in dem englische Zeitschriften, Zeitungen, illustrierte Zeitungen usw. für deutsche Leser ausgelegt werden sollen.

Ein geeigneter Raum ist in dem Saal des Thaulowmuseums gefunden worden, der mit wenig Mitteln hergerichtet werden kann.

Die Miete für den Saal beträgt jährlich 1.800,-- RM.

J e n s e n

Betrifft: Neuregelung des Systems der Bezirksarchitekten.

Berichterstatter: Stadtbaudirektor Jensen.

Mitberichterstatter: Stadtkämmerer Dr. Jeschke.

A n t r a g

1. Für die Weiterführung der Wohnungsinstandsetzung der durch Kriegseinwirkung beschädigten Häuser und Wohnungen werden 26 Bezirke gebildet und je einem Privatarchitekten übertragen.
2. Die erforderlichen Mittel werden vorbehaltlich der Erstattung aus Mitteln des Kriegsschädenamts beim Vorschußkonto II A zur Verfügung gestellt.

Begründung

Als nach Einstellung der Feindseligkeiten im Mai 1945 die Stadt einem Trümmerfeld gleich und fast 80 % der Häuser beschädigt oder zertrümmert waren, erwies es sich als unbedingt notwendig, sofort Maßnahmen zu treffen, den so schwer vom Kriege betroffenen Bürgern der Stadt wieder eine Wohngelegenheit zu schaffen. Es wurde ein Notprogramm aufgestellt, um die sogenannte Winterfestmachung der Wohnungen in die Wege zu leiten. Daran anschließend war geplant, die ordnungsmäßige Instandsetzung der Wohnungen nach Maßgabe der von der engl. Mil.Reg. erlassenen Richtlinien zu betreiben. Diese gewaltige Aufgabe konnte s. Zt. nicht allein von der städt. Verwaltung geleistet werden. Man griff dazu, hierfür die in der Stadt wohnhaften Architekten, die auch fast ohne Beschäftigung waren, heranzuziehen und ihnen eine Entschädigung zu zahlen, die bisher in Anerkennung der Kriegsursache vom Kriegsschädenamt getragen wurde. Die im Laufe der Zeit sich vergrößernden Aufgaben, insbesondere die von der Besatzungsbehörde verlangten Statistiken und die Verteilung und Überwachung der Baumaterialien sowie die sonstigen Aufgaben erforderten eine Entschädigung von 650 RM mtl. für jeden der 40 Bezirksarchitekten zu denen noch weitere 500 RM für durchschnittlich 2 Angestellte zuzüglich Sozialabgaben hinzukommen. Dieses System erforderte eine Aufwendung von mtl. rd. 47.000 RM und erwies sich auf die Dauer für zu kostspielig. Da auch von verschiedenen Seiten auf aufgetretene Mißstände hingewiesen wurde, hat sich die Verwaltung entschlossen, die lfd. Verträge zum 30. Juni 1946 aufzukündigen.

Die Zwischenzeit ist dazu benutzt worden, mit allen Interessierten in Verbindung zu treten, deren Vorschläge entgegenzunehmen und diese in größerem Kreise eingehend zu erörtern. Der Hauptausschuß für Stadtplanung und Bauwesen hat sich mit dem anliegenden Vorschlag über die Gestaltung des Systems der Bezirksarchitekten in seiner Sitzung am 14.6. einstimmig einverstanden erklärt und empfiehlt dessen Annahme. Gegenüber der bisherigen Regelung ist eine Vereinfachung dadurch erzielt, daß die Zahl der Bezirke wesentlich verringert ist von 40 auf 26 und daß außerdem die Belastung der Stadt von mtl. rd. 47.000 RM auf 9.100 RM herabgesetzt wird. Die Einschaltung der Selbstverwaltung durch die Beigeordneten bei den Bezirksarchitekten bleibt in vollem Umfange bestehen. Wir glauben, daß durch diese Neuregelung allen berechtigten Wünschen der interessierten Kreise voll auf Rechnung getragen wird.

Zu der Aufbringung der Mittel ist noch eine Erläuterung nötig. Wie anfänglich gesagt, sind die Mittel für die Entschädigung der Bezirksarchitekten aus Mitteln des Reichs als Aufwendung für Kriegsschäden vom Kriegsschädenamt bis Ende März bezahlt worden. Seit dem 1. April 1946 jedoch hat die Provinzial-Verwaltung hierfür kein Geld zur Verfügung gestellt, sodaß die Stadt genötigt ist, zunächst mit ihren Mitteln einzuspringen. Wir vertreten nach wie vor die Ansicht, daß diese Ausgaben im ursächlichen Zusammenhang mit den Kriegsschäden stehen, deren Beseitigung noch nicht abgeschlossen ist und die voraussichtlich noch Jahre dauern wird, besonders dann, wenn die Baustoffzuteilung nicht besser wird. Diese Ausgaben fallen deshalb endgültig nicht der Stadt, sondern dem Reich zur Last. Es wird deshalb mit aller Energie versucht werden, diese zur Beseitigung der Kriegsschäden an den Häusern notwendigen Ausgaben ersetzt zu erhalten, wie es bis 31. März 1946 auch geschehen ist. Es ist deshalb nötig, die zu leistenden Ausgaben zunächst auf ein Vorschußkonto zu nehmen.

J e n s e n .

V o r s c h l a g

über die Gestaltung des Systems der Bezirksarchitekten.

1. Bezirkseinteilung.

Der planmäßige und sinnvolle Aufbau der Stadt macht eine straffe Lenkung sämtlicher Bauausführungen im Stadtgebiet notwendig. Für die Wohnungsinstandsetzung wird die Aufteilung in einzelne Instandsetzungsbezirke weiterhin für zweckmäßig gehalten, deren jeder einen oder mehrere der bisherigen Bezirke umfaßt. Insgesamt werden 26 Bezirke gebildet.

2. Führung der Instandsetzungsbezirke.

In jedem Bezirk wird ein Bezirksarchitekt eingesetzt, dem die Leitung der Instandsetzungsarbeiten im Einvernehmen mit den Beigeordneten des Bezirkes obliegt, deren ausführendes Organ er ist.

Seine Aufgaben sind insbesondere

- a) die Aufstellung eines Instandsetzungsprogramms unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten Wohnraum zu schaffen bzw. soweit wieder herzustellen, daß seine volle Ausnutzung gesichert ist.

Die Prüfung aller zu diesem Zweck an ihn herangetragenen Anträge und Vorschläge und ihre Abstimmung auf die jeweils gegebenen Ausführungsmöglichkeiten.

- b) Die Verteilung der für den Bezirk zugewiesenen Baustoffe bzw. Baustoffbezugscheine sowie die Verteilung und Verwaltung des für Selbsthilfe bzw. nicht genehmigungspflichtige Baumaßnahmen bereitgestellten Materials einschl. der Überwachung und dessen zweckmäßiger Verwendung.

- c) Die Einteilung der für den Bezirk zugewiesenen Arbeitskräfte.

- d) Die Beratung der Bevölkerung, jedoch ohne schriftliche Ausarbeitungen, sowie die Betreuung der nicht genehmigungspflichtigen Bauvorhaben unter 200 RM.

- e) Die laufende Berichterstattung nach den Weisungen des Stadtbauamtes.

Für den mit vorstehenden Leistungen verbundenen Aufwand erhält der Bezirksarchitekt eine feste monatliche Entschädigung. Das Vertragsverhältnis ist beiderseits kündbar mit einer Frist von 1 Monat.

3. Durchführung von Instandsetzungsarbeiten.

Die Anträge auf Genehmigung einer Wohnungsinstandsetzung (Baugesuch) sind beim Bezirksarchitekten einzureichen. In entsprechenden Fällen kann die Bearbeitung durch einen geeigneten Fachmann nach Entscheidung des Stadtbauamtes verlangt werden. Der Antragsteller ist durch seine Unterschrift persönlich dafür haftbar, daß die im Baugesuch gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen und der angegebene Nutzeffekt erzielt wird.

An der Durchführung der Instandsetzungsarbeiten können sich die Architektenschaft einschl. der Bezirksarchitekten sowie Baugewerblich tätigen Architekten nach freier Wahl des Hauseigentümers bzw. Auftraggebers beteiligen, sofern sie sich verpflichten, den Bezirksarchitekten die erforderlichen Auskünfte und Meldungen zu geben. Die Architektenleistungen werden dem Auftraggeber nach der Gebührenordnung in Rechnung gestellt. Es ist anzustreben, die Arbeiten auf Grund eines Kostenschlages zu Festpreisen zu vergeben. Bei Zuweisung der ausführenden Firmen wird das Stadtbauamt nach Möglichkeit begründete Wünsche des Antragstellers berücksichtigen, sofern diese im Baugesuch vermerkt sind.

Aut. 5

Betr.: Vergebung der Bauarbeiten zur Verlängerung der Entwässerungsleitung Brunswikerstrasse im Zuge der Anschüttungsarbeiten an der Wasserallee an die Firma Karl Scharnberg. Kiel.

Berichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n
Mitberichterstatter: Bauassessor S a u e r.

Antrag: Zustimmung, dass der Firma Karl Scharnberg den Auftrag auf Ausführung der Bauarbeiten auf Grund ihres mit 117 359,80 RM abschliessenden Angebotes vom 9.4.1946 erteilt wird.

Begründung: Im Zuge der Anschüttungsarbeiten an der Wasserallee zwischen Seegarten und Langenarkufer muss die hier ausmündende Entwässerungsleitung verlängert werden. Für die hierfür auszuführenden Bauarbeiten wurde auf Grund eines vom Tiefbauamt aufgestellten Entwurfes unter sieben Firmen eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt, Das von der Firma S t e f f e n S o h s t abgegebene niedrigste Angebot schloss einschliesslich der bauseitigen Lieferungen mit dem Gesamtbetrag von 70 948,27 RM. ab. Das nächstfolgende Angebot, dass die Firma Karl S c h a r n b e r g für einen Sondervorschlag abgegeben hatte, lag mit 71 554, 30 RM nur wenig über dem Angebot der Firma Sohst.

In den nachfolgenden Verhandlungen mit dem Bezirksbaukontrollamt und den englischen Dienststellen stellte sich jedoch heraus, dass in absehbarer Zeit weder die 160 cbm Holz, die für die Ausführung des vom Tiefbauamt ausgestellten Entwurfes noch die 160 t Stahl, die nach dem Sondervorschlag der Firma Scharnberg erforderlich sind, zur Verfügung gestellt werden konnten.

Da die Ausführung jedoch äusserst dringend ist, um die Weiterführung der Anschüttungsarbeiten an der Wasserallee und damit die Trümmerbeseitigung in der Altstadt fortsetzen zu können, musste eine Lösung gewählt werden, die es ermöglicht, den Zweck mit vorhandenen Bau- und Altbaustoffen zu erreichen. Da das Stadtbauamt vom ehemaligen Luftschutzbauamt über ausreichende Mengen Rundeisen verfügt, wurde als einzig mögliche Lösung der Sondervorschlag der Firma Karl Scharnberg gewählt, jedoch mit der Abänderung, dass anstelle der von ihm vorgesehenen Stahlspundbohlen zum grössten Teil Spundbohlen aus Stahlbeton unter Verwendung einer kleineren Menge alter Stahlspundwände eingebaut werden sollen.

Da infolge der Eilbedürftigkeit des Bauvorhabens die Veranstaltung einer neuen Ausschreibung nicht vertretbar war, wurde mit den 3 niedrigsten Bietern, den Firmen Stoffen Sohst, Karl Scharnberg und Hermann Möller verhandelt mit der Massgabe, für die nunmehr vorgesehene Ausführung auf Grund ihres ersten Angebotes ein endgültiges Angebot abzugeben. Die Firma Stoffen Sohst war nicht in der Lage, diesem Verlangen nachzukommen, da sie nicht über die für die Herstellung der Stahlbetonbohlen erforderlichen Rundeisen mit stärkeren Durchmessern, die von den Firmen gestellt werden müssen und ihnen lediglich aus den oben erwähnten Beständen des Stadtbauamtes kontingentmässig erstattet werden können, verfügte. Auch die Firma Hermann

Möller

Möller, die wohl über erforderliche Eisenmengen aber nicht über die für die Ausführung nunmehr erforderlichen Geräte verfügte, konnte den Auftrag nicht übernehmen. Infolgedessen hat die Firma Karl Scharnberg sich in Arbeitsgemeinschaft mit der Firma Hermann Möller für die Ausführung ihres Auftrages zusammengeschlossen und für die Arbeiten das mit 117 359.80 RM abschliessende Angebot vom 9.4.46 abgegeben. Der weitaus grösste Teil der Einheitspreise stimmt mit dem ursprünglichen Angebot der Firma Scharnberg überein. Neu hinzugekommen sind die Ergänzungsarbeiten und die Herstellung der Stahlspundbohlen, die infolge der veränderten Voraussetzungen auf dem Baustoffmarkt notwendig geworden sind. Diese Preise sind anhand der von den Firmen aufgestellten Kalkulation von hier nachgeprüft und sind als angemessen zu bezeichnen. Die Verteuerung des Gesamtbauwerkes ergibt sich durch die wesentlich kompliziertere Art der Bauausführung.

Jensen

Sauer

t a d t K i e l
Stadtbauamt Ti 1

K i e l , den 18. Juni 1946.

*Aut. 6
189*

Betrifft: Vorschußweise Bereitstellung von Mitteln

Berichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n

Antrag. Es wird beantragt vorschußweise Geldmittel bis zu einem Betrage von RM 10450,-- bereitzustellen für den Abbruch einer Holzbrücke auf dem Sperrwaffenarsenal in Jägersberg-Korügen zur Gewinnung von Baustoffen für den Wiederaufbau.

Begründung:

Bei der außerordentlichen Knappheit an Baustoffen muß jede Gelegenheit ausgenutzt werden, Baustoffe, die für den Wiederaufbau verwendet werden können, zu erwerben. Diese Möglichkeit besteht durch den Abbruch einer Holzbrücke auf dem Sperrwaffenarsenal, zu dem die zuständigen englischen Dienststellen bereits die Genehmigung erteilt haben. Auch der Hauptausschuß hat in einer Sitzung vom 14. ds. Mts. die Genehmigung erteilt, den Abbruch der Brücke der Fa. Karstens zu den Einheitspreisen ihres Angebots zu erteilen. Die Gesamtkosten richten sich nach der Menge der aus dem Abbruch gewonnenen Materialien und belaufen sich auf höchstens 10450,-- RM. Sie müssen zunächst vorschußweise bezahlt werden und kommen wieder ein durch die Beträge, welche die das Holz verbrauchenden Dienststellen dafür entrichten müssen.

J e n s e n .

Grundstücksverwaltung
Gr.V.1o 12 Di.

Kiel, den 17. Juni 1946

Aut. 8

Betr.: Grundstücksregulierungen an der Flensburger Strasse.
Berichterstatter: Stadtbaudirektor J e n s e n.
Antrag: Zustimmung.

Begründung.

In der Siedlung Hohenrade werden durch den Ausbau von 2 Strassen bisher bestehende Zuwegungen überflüssig und einige Splitterpazellen gebildet werden. Der Architekt M a l z a h n, der für den Träger der Siedlung, die Industrie-Baugesellschaft West m.b.H. in Berlin-Zehlendorf, die Veräußerung der Baugrundstücke vorbereitet, bittet schon jetzt um eine Erklärung, dass die Stadt Kiel bereit ist, die den Baugrundstücken zuzuschlagenden Flächen zu veräußern oder gegen Strassenland zu tauschen. Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauwesen hat in der Sitzung vom 14.ds.Mts. einem Austausch qm gegen qm nach Ausbau der proj.Strasse 14 zugestimmt.

Niämeyer.

Anlage 9 und 10.

Abschrift.

Gemeindeverwaltung
R i e s e b y

(24) Rieseby, den 19. Juni 1946
Kreis Eckernförde.

An den

Herrn Oberbürgermeister der Stadt Kiel

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

In klarer Erkenntnis Ihrer Wege zur Aufhaltung der geplanten sinnlosen Zerstörungen an Industrieanlagen, die der Friedensproduktion und dem Wiederaufbau dienstbar gemacht werden können, gestatten wir uns, auch als kleine Gemeinde mit 3.000 Seelen, unsere Bewunderung an Ihrem und Ihrer Mitkämpfer Mut zum Ausdruck zu bringen.

Wir glauben zu wissen, wie not es tut, stütze und Stärkung auch von der letzten und kleinsten Gemeinde unseres Vaterlandes zu finden und erhoffen mit Ihnen, daß die Vernunft siegen möge.

In diesem Sinne möge unsere EntschlieÙung einen geringen Beitrag leisten.

Im Auftrage der Vertretung der Gemeinde
R i e s e b y

gez. Biskupek
Bürgermeister.

gez. Christophersen
Gemeindekämmerer.

Gemeindeverwaltung
R i e s e b y

(24) Rieseby, den 19. Juni 1946.
Kreis Eckernförde.

EntschlieÙung.

Die Gemeindevertretung von R i e s e b y , Kreis Eckernförde stellte sich in ihrer Sitzung vom 19. Juni 1946, in dem Streben um die Erhaltung der für eine Friedensindustrie geeigneten Anlagen und gegen eine Zerstörung derselben, einmütig den darum den Kampf führenden Männern der Provinz Schleswig-Holstein und der betroffenen Städte zur Seite.

Dieser Wille wird in einer EntschlieÙung, die hiermit überreicht wird, zum Ausdruck gebracht.

Bürgermeister;
stellv. Bürgermeister;
Gemeindekämmerer;
Gemeindevertreter;

gez. Biskupek
" Unterschrift
" Christophersen
" Unterschriften.

Anlage 11.

Abschrift.

S T A D T K I E L .
Der Oberbürgermeister.

KIEL, den 24. Juni 1946.

An
Herrn Bürgermeister **B i s k u p e k ,**
R i e s e b y Krs. Eckernförde.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Es ist mir eine freudige Aufgabe, der Vertretung der Gemeinde Rieseby den Dank der Stadtvertretung für die Entschließung der Gemeindevertretung vom 19.6.1946 auszusprechen, in der gegen die Zerstörung der für eine Friedensindustrie geeigneten Anlagen Stellung genommen wird.

In dem schicksalhaften Kampf, den die Stadt Kiel um die Erhaltung ihrer Existenzgrundlagen führt, ist es den Bürgern der Stadt eine Genugtuung, zu wissen, daß ihr Kampf auch außerhalb Kiels Verständnis und Unterstützung findet. Die Stadtvertretung wird unbeirrbar den eingeschlagenen Weg fortsetzen in dem Bewußtsein, für die Gesetze der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit einzutreten. Sie begrüßt dankbar jede Unterstützung, die sie bei dieser schweren Aufgabe findet. Dabei ist sich die

Stadtvertretung

Stadtvertretung bewußt, nicht nur für die Interessen Kiels, sondern für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes einzutreten, der ohne eine leistungsfähige Industrie nicht denkbar ist.

Nach langen Bemühungen scheint es jetzt so, als ob eine Erhaltung der Anlagen auf dem Ostufer der Kieler Förde, soweit sie für eine Wiederaufrüstung nicht in Betracht kommen, möglich sein wird.

gez. Koch
Oberbürgermeister.

Aut. 12

Betrifft: Um- und Neubesetzung von Ausschüssen.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung zu den Vorschlägen.

Zu Ziffer 2: Ausschuß für Schule und Kultur

Ausgeschieden: Ratsherr D o s e

Neu: Ratsherr Andreas H u s f e l d t

Zu Ziffer 2b: Fachausschuß für Berufsschule

Ausgeschieden: Ratsherr D o s e

Neu: Ratsherr Andreas H u s f e l d t

Zu Ziffer 9: Ausschuß für städtische Betriebe

Ausgeschieden: Ratsherr M ü l l e r

Neu: Ratsherr H o m b r e c h e r

Zu Ziffer 9b: Fachausschuß Schlachthof

Ausgeschieden: Ratsherr M ü l l e r

Neu: Ratsherr H o m b r e c h e r

Zu Ziffer 12: Ausschuß für Planung und Aufbau

Neu:

Ständiger Vertreter für Landesdirektor

Dr. Mithling: Syndikus Max W a r t e m a n n,
Kiel-Wik, Hertastraße 30

Zu Ziffer E 0: Entnazifizierungsgremium

Neu:

Beizer Franz Hebling, Gneisenastr. 25 (ADGB)

Buchhalter Franz Stolze, Alte Weide 9 (ADGB)

Ing. Max Spretke, Jungfernstieg 23 (ADGB)

Klempner Kurt Funke, Waitzstr. 59 (ADGB)

Zu Ziffer E 5: Entnazifizierungsausschuß der gewerblichen Wirtschaft einschl. Selbstverwaltungsorgane (Kreishandwerkerschaft, Handwerkerinnungen)

Ausgeschieden: Tapeziermeister Heinrich Reimers (CDU)

Neu: Elektromeister Hermann Sager, Wilhelminenstr. 13 (CDU)

Zu Ziffer E 9: Ausschuß zur Entnazifizierung des Erziehungs- und Bildungswesens

Ausgeschieden: Ratsherr M ü l l e r (Dox)

Neu: Ratsherrin Frau R o e s t e l

Zu Ziffer E 10: Entnazifizierungsausschuß der Polizei und Feuerwehr

Neu:

Ing. Karl von Sexdlitz, Gellertstr. 22 (SPD)

Landgerichtsrat Dr. Max Fohlandt, Waitzstr. 16 (CDU)

Prov. Angest. Friedr. Hansen, Knooper Weg 159 (DGB)

Angest. Carl Lange, Hansastr. 67 (DGB)

Ratsherr Walter Dobrats, Katharinenstr. 15 (KPD)

Klempnermeister Henry Pankow, Blücherstr. 1 (CDU)

Ing. Otto Behrens, Schauenburgerstr. 93 (SPD.)

S T A D T K I E L
- Ratsamt -

Aul B

KIEL, den 24. Juni 1946.

Betrifft: Beisitzer für das Landesverwaltungsgericht.

Berichterstatter: Bürgermeister.

Antrag: Zustimmung zu den Vorschlägen.

B e g r ü n d u n g :

Der Landtag der Provinz Schleswig-Holstein beschäftigt sich gegenwärtig mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Einrichtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Provinz. Ein Landesverwaltungsgericht soll für den gesamten Bereich der Provinz bereits in allernächster Zeit seine Tätigkeit aufnehmen und wird in der Besetzung von 2 Berufs- und 3 Laienrichtern entscheiden.

Die Landesverwaltung - Amt für Inneres - in Schleswig hat gebeten, für den Stadtkreis Kiel 3 Personen als Beisitzer zu benennen. Von den Fraktionen sind folgende Vorschläge eingegangen:

Schlachter Max W a n k e r , Kronshagener Weg 40 (KPD),
Geschäftsführer Dr. Karl G l ä s e r , Alte Lubecker
Chaussee 22 (CDU),

Ingenieur Hans D u n k e l m a n n , Hansastr. 80 (SPD).

Die Wahl der Beisitzer soll durch die Stadtvertretung erfolgen.

Es wird daher um Zustimmung zu den Vorschlägen oder um Benennung und Wahl anderer Kandidaten gebeten.

G a y k .

Niederschrift

Über die Sitzung der Stadtvertretung am Mittwoch, dem 26. Juni 1946, 12 Uhr im Rathaus zu Kiel, Ratssaal.

Anwesend:

Oberbürgermeister Koch,
 Bürgermeister Gayk,
 Ratsherren Behncke, Beck, Brede, Breitenstein,
 Burmeister (seit 17, 10 Uhr), Diekmann, Dr. Hansen,
 Dobrats, Engel, Ehrig, Gottschalk, Honbrecher,
 Dr. Husfeldt, A. Husfeldt, Jung, Karge, Klotscher,
 Kowalowsky, Kosack, Krutwerst, Dr. Lindenath,
 Dr. Nielsen, Michelsen, Gertel, Frey, Hahn, Hoesel,
 Schwein, Steffers, Schatz, Schmidt, Schröder,
 Stede, Schlarbaum, Schlichting, Völker, Wittmack;
 Oberstadtdirektor Lehmann,
 Stadtdirektor Jensen,
 Frau Oberschulrätin Jensen,
 Stadtschulrat Dr. Danielsen,
 Vermittlungsrat Mandelkow.

Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung um 12²⁵ Uhr. Er weist darauf hin, daß nach den Vorschriften der revidierten Deutschen Gemeindeordnung erster Gegenstand der Tagesordnung einer jeden öffentlichen Raterversammlung die Beratung des Protokolls der vorhergehenden Raterversammlung zu sein hat. Das Protokoll über die Sitzung der Stadtvertretung am 12.5.1946 hat wie üblich im Ratssaal zur Einsicht ausgelegen. Einwendungen sind nicht erhoben worden. Das Wort wird zu dem Protokoll nicht gewünscht. Oberbürgermeister stellt fest, daß damit das Protokoll über die Sitzung der Stadtvertretung vom 12.5.1946 genehmigt ist.

Der Oberbürgermeister gibt weiter bekannt, daß nach den Vorschriften der revidierten Deutschen Gemeindeordnung die Einladungen für die Sitzungen der Stadtvertretung durch den Oberstadtdirektor vorzunehmen sind. In Zukunft wird entsprechend verfahren werden. Ebenso wird es in Zukunft Aufgabe der Stadträte sein, Bericht zu erstatten und die Verlagen zu unterzeichnen.

Die der Stadtvertretung vorgelegte Tagesordnung wird mit der Maßgabe genehmigt, daß, wie von Oberbürgermeister vorgeschlagen, die Punkte 7, 10 und 11 abgesetzt und als Berichterstatter die zuständigen Stadträte benannt werden.

Alsdann gibt der Oberbürgermeister bekannt, daß die für den 27.5.1946 einberufene Sitzung der Kammer ausfallen muß, weil infolge einer gleichzeitig stattfindenden Tagung sowohl der Oberbürgermeister als auch der Bürgermeister und der Oberstadtdirektor verhindert sein würden, an der Sitzung teilzunehmen.

Sodann gibt der Oberbürgermeister einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zur Erhaltung der für eine Friedensindustrie geeigneten Anlagen auf dem Westgelände des Ostufers. Der Oberbürgermeister und der Bürgermeister sind bei Brigadier H e n d e r s e n in dessen Eigenschaft als stellvertretender Zivilgouverneur vorstellig geworden. Sie haben beruhigende Auskünfte erhalten. Eine Herstellung der Hellinge wird sich

wohl nicht vermeiden lassen, dagegen besteht berechtigter Anlaß zu der Hoffnung, daß die übrigen Anlagen erhalten bleiben. Zur Beratung über den Umfang der abzubauenen Anlagen wird eine Kommission gebildet werden, der der Oberbürgermeister und Bürgermeister der Stadt Kiel angehören sollen. Oberbürgermeister Koch und Bürgermeister Gayk haben von dem stellv. Zivilgouverneur die Zusage erhalten, daß Beratungen nicht ohne vorherige Unterrichtung der beteiligten deutschen Stellen vorgenommen werden sollen. Der Oberbürgermeister hat bei der Besprechung dem stellv. Zivilgouverneur immer wieder darauf hingewiesen, daß die Anlagen auf den Werften unbedingt erhalten bleiben müssen, es wird vielleicht möglich sein, sämtliche Eisenschiffe der Flottille zu erhalten. Später wird unter Umständen der Bau kleinerer Schiffe auf den Werften wieder zugelassen werden.

Bürgermeister Gayk teilt mit, daß er anlässlich der Besprechung dem Zivilgouverneur mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen hat, daß Beratungen auf dem Werftgelände, die über das zur Beseitigung der Mietungsgepöhl nötige Maß hinausgingen, politische Konsequenzen nach sich ziehen würden. Die Stadtvertretung würde dann nicht mehr in der Lage sein, die Verantwortung für die Zukunft Klein zu tragen und zurückzutreten.

Oberbürgermeister erteilt alsdann Stadtrat **F i t t m a c k** das Wort.

1. Betrifft: Bericht über die Verhältnisse in den Kieler Schulen.
Berichterstatter: Stadtrat **F i t t m a c k**.

Unsere Zeit ist für uns alle eine Erziehungsaufgabe geworden. Jeder von uns hat sich die Frage vorzulegen, wo und wie er versagt, wo bei ihm die Fehlerquellen in seinen Taten und Handeln liegen. Irgendwie und irgendwann haben wir alle Unterlassungsünden begangen, die wir heute sehen und ihren Wesenskern erkennen müssen, um künftig die Fehler zu vermeiden.

Jugend will aufsehen und gläubig sein können, und das kann es nur, wenn sie Vertrauen haben kann zu uns, Vertrauen setzen kann in unsere Führung!

Erfolgreiche Erziehung wurzelt im Beispiel, im vorgelieferten Vorbild! Ein Erzieher, ganz gleich in welcher Form er auftritt, ob Vater, als Mutter zu Hause, als Lehrer in der Schule, als Leiter im Jugendverband, hat immer an sich zu arbeiten, hat beschwingt mit seiner Zeit zu gehen, hat ein Forscher in die Zeit zu sein, um ihre Schwächen und Schwelche, ihre Bedürfnisse und Forderungen in sich aufzunehmen und zum Klaren bringen zu können. Nur so kann er sich und seinen Aufgaben gerecht werden. Er muß die Gesetzmäßigkeiten, die unser Leben bestimmen, kennen und sie anwenden können im Sinne einer Neugestaltung unseres Lebens, einer Weiterentwicklung der Menschheit!

Wer in sich selbst stecken bleibt und nichts hinaus lernt und dann andere erzieht, formt und bildet, der hebt uns nicht aus dem Sumpf unserer Tage heraus, sondern stößt uns noch tiefer hinein und verurteilt sich an sich und seinem Volk!

Wir wissen: Ohne gesunde Jugend - kein Fortschritt!

Ohne Fortschritt - kein Aufwärts, kein Wachsen, keine Überwindung alter, abgestandener Meinungen und Vorstellungen!

Ohne gesunde Jugend - kein Seeland der Tat!

Der Nationalsozialismus wäre nicht nötig gewesen, wenn unsere Jugend in den staatlichen Erziehungsanstalten eine wahre Bildung, gestützt auf Wissenschaft und Erkenntnis, vermittelt bekommen hätte. Die Forderungen der großen Schulreformer - vor allem Sprunger und Kerschensztainer - wären nicht gehört oder nicht ins Politische umgesetzt. Nach dem Weltkrieg 1914/18 liegt - trotz gewisser Reformen - alles beim Alten. Die Jugend wurde nicht gewonnen. Die deutsche Republik versteht nicht für ihre Ideale zu begeistern. Es entstand eine Lücke, ein gefährlicher Leerlauf, der sich bitter zeigte und den wir heute zu überwinden haben.

Die Schule, ganz allgemein gesehen, muß aus ihrer Isolation herausgehoben und in den Mittelpunkt der Interessen der breitesten Öffentlichkeit gestellt werden. Wir haben alle Volksgenossen für die wichtigste Aufgabe im Staate, für die Erziehung der Jugend zu gewinnen. Alle im Volke schlummernden Kräfte müssen für die Zielerreichung unseres menschengetreuen Lebens lebendig gemacht werden. Und das ist eine Aufgabe der Erziehung! Wir stellen fest, daß die heutigen Schulen von Grund auf geändert werden müssen. Wir brauchen eine Schulreform, eine andere als nach 1918, die unserer Zeit mit unseren Mitteln und Aufgaben gerecht wird. Wir fordern die deutsche Einheitsschule! Für sie gibt uns die Garantie, daß alle aufbaufähigen Kräfte einmündig und einheitlich eingesetzt werden. Die Grundlage dieser Einheitsschule bildet eine groß aufgebauete Volksschule, die das elementare Wissen und eine grundlegende Allgemeinbildung zu vermitteln hat, die aber keine Abschluß behörden soll, sondern, von der ausgehend, weiter aufzubauen ist. Ein Bildungsweg führt über die durchschnittlich aufzunehmenden Berufs- und Fachschulen, Fachoberschulen bis zur Fachhochschule. Der andere Weg geht über die höheren Schulen zur Universität. Somit ist jedem Mitglied unseres Volkes die Entscheidung über in ihm ruhendes Kräfte, seiner Anlage und Begabung entsprechend, gegeben, und damit sind auch jedem wichtigen die berufliche Möglichkeiten in der Gesellschaft gesichert. Das alte Grundübel, das beseitigt werden muß, ist überwunden!

Diese grundsätzliche Forderung ist nicht von heute auf morgen zu verwirklichen. Wir brauchen das Programm, das erst später zur vollen Auswirkung kommen kann, von den Sofortaufgaben, die augenblicklich in Angriff genommen und verwirklicht werden müssen. In diesem Zusammenhang ist die Vollerziehung der Elternkinder wichtig, die den notleidenden Schulen mit Mut und Tat zur Seite stehen. Wir erincern uns der begeisterten Tätigkeit der Eltern und Freunde der Schulen in den Schulen und Schulanstalten aus der Zeit vor 1933, wo Vater und Mutter ihre Arbeitskraft der gesunden Entwicklung des Schullebens zur Verfügung stellten.

Auch bei uns in Kiel regt sich neues Leben - trotz Kriech und Leide und aller Not, die auf uns lastet! Durch unermüdete Arbeit am Aufbau des Kieler Schullebens ist es gelungen, sämtliche Schul-kinder wieder einzuschulen. In den Volksschulen, Mittelschulen und höheren Schulen sind wieder 28.217 Kinder erfasst. Die zu überwindenden Schwierigkeiten ergeben sich zur Hauptsache aus dem Lehr- und Lehrkräftemangel, wobei nicht unerwähnt bleiben darf, daß auch die Beschaffung des notwendigen Inventars außerordentlich schwer ist. Durch die Herabsetzung unserer Mittel für den Schulbetrieb sowie durch den Lehrkräftemangel wird es notwendig, die 55 Volksschulen in 21 Schulgruppen zusammenzufassen. Von den vorhandenen 600000 55 Schulgebäuden sind 6% durch Kriegseinwirkung zerstört oder zu

schwer

schwer beschäftigt, daß sie für jegliche Benutzung ausfallen. Von den restlichen 33 Gebäuden sind 2 für Flüchtlinge und 1 für die Gesundheitskraft beschlagnahmt. Ein weiteres Gebäude ist zu 30% mit Flüchtlingen belegt und 7 andere zu durchschnittlich 40% mit Besirkestellungen der Wirtschaftskammer, Steuer- und Finanzämter, der Stadtkirche usw. In den zur Verfügung stehenden Klassenräumen haben wir eine Schülerbelegung von 150 - 250% zu verzeichnen. Das ist ein Beweis dafür, daß ungenügender Raumangebot besteht und wie unendlich wichtig es aus gesundheitlichen Gründen für die Schulkinder ist, diesen baldmöglichst zu beheben. Z. B. müssen die meisten Klassenräume von zwei und drei Schichten ausgenutzt werden, denn nur 23 Schulen sind noch in ihren eigenen Schalen untergebracht.

Neben den Schwierigkeiten durch den Raumangel ist der Wieder-
aufbau des Schulwesens durch den Lehrermangel stark beeinträchtigt. Ursache hierzu ist vor allen Dingen die Abschiebung von 150 Lehrkräften, das sind 22% der 736 an den Kieler Schulen beschäftigt von denen 42 an den höheren-, 30 an den Mittel- und 28 an den Volksschulen unterrichtet. Außerdem konnte der Dienst von einem Teil der Lehrkräfte nicht wieder aufgenommen werden, weil sie von der Mil. Reg. noch nicht bestätigt sind oder sich noch in Gefangenschaft befinden. Ein nicht geringer Prozentsatz ist gestorben oder durch Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt worden. Durch Überalterung der Lehrerschaft wird die Zahl der Abgänge in den nächsten Jahren sehr hoch sein, denn mehr als 10% der Mittel- und Volksschullehrer ist über 65 Jahre alt und über 20% steht zwischen dem 60. und 65. Lebensjahr. So entsteht ein starker Bedarf an Lehrkräften, der z. B. durch den Einsatz von Flüchtlingelehrern, von denen augenblicklich 33 an den städtischen höheren Schulen, 13 an den Mittel- und 45 an den Volksschulen unterrichten, gedeckt werden ist. Vorübergehend werden nun Schulhelfer und -helferinnen in großer Anzahl ausgebildet, um die später als Helfer in den Schulen einzusetzen. Die Steigerung der auf 1 Lehrkraft entfallenden Schüler um 44 bis 67% ergibt ein deutliches Bild des notwendigen Bedarfs an Lehrkräften. Die Lage in den städtischen Berufs- und Fachschulen ist hinsichtlich der Raumfrage besonders schwierig, da von 7 Gebäuden in denen 8 Schulen unterrichten, 6 zerstört sind. Als erste wurde im Nov. 1945 die Industrie-Berufsschule wieder eröffnet; ihr folgte Ende November die Berufsschule für Mädchen und am 1. Dez. die Hilfunganstalt für Frauenberufe. Anfang Januar 1946 nahmen die Kaufmännischen- und Handwerker-Berufsschulen ihre Arbeit wieder auf und Anfang April die höhere Handelsschule.

Diese ganzen Schwierigkeiten können nur laufend überwunden werden, wenn alle Instanzen des nötigen Verstandes aufbringen und die Bereitschaft zeigen, im Interesse der Kieler Schulkinder alles zu tun, was im Rahmen des Möglichen getan werden kann. Vor allen Dingen muß das Hochwort sich energischer einsetzen, um durch Instandsetzungsarbeiten zusätzlich Klassenräume zu gewinnen. Durch Nachreparaturen könnte in manchen Schulgebäuden viel gewonnen werden, einmal, um durch Störungseinflüsse bedrohte Gebäude zu erhalten, zum andern würde aus durch Nacharbeiten teilweise ein ganz stockwerk für schulische Zwecke gewinnen können. In der Schule an der Bürger Platz z. B. und in der Marienbergstraße würde man durch Reparaturarbeiten von Nacharbeiten etwa je 3 Klassenräume gewinnen. In der Schule an der Bergstraße ist nur ein Nacharbeiter nötig, der die vorhandenen Schiefer aufzuliegen hätte und drei Klassenräume wären gewonnen. In der Schule in der Gerhartstraße müssen Fensterarbeiten

Vorname

vorgenommen werden und neuer brauchbarer Schulraum wäre geschaffen. So könnte man am laufenden Band Beispiele nennen, die durch teilweise geringe Arbeit dem Mangel abgeholfen werden könnte. Als dringendste Aufgabe ist die Freimachung von Schulräumen gestellt. In der Schule Föhrestraße sind Räume von der Polizei belegt. Aus der Schule Hardenbergstraße müssen das Wirtschafts- und das Püroorgant verlegt werden. In der Schule am Winterbaker Weg stehen auf diesem Wege 22 Schulräume freizumachen.

Weiter wird alles getan, um die Schulkinder mit den notwendigen Büchern, Heften usw. zu versehen. Ein ordnungsgemäßer und vollwertiger Unterricht ist natürlich nur durchzuführen, wenn das Notwendigste an Lehr- und Lernmitteln bereitgestellt wird.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß es mit Hilfe der Hil. Reg. gelung ist, die Kinderbeschäftigung an den Schulen weiter aufrechtzuerhalten. Das bedeutet für Schule und Eltern eine große Entlastung. Für die Kinder in den Flüchtlingslagern müssen vor allen Dingen Kleidung und Schuhzeug beschafft werden, damit sie die Schule besuchen können. In Verbindung mit dem Sozialamt wird vorerst versucht, sie in Lager sinnvoll zu beschäftigen.

Es muß anerkannt werden, wieviel durch Selbsthilfe geschaffen wurde. Schüler, Lehrer und Eltern haben in echtem Gemeinschaftsgeist in der Wiederherstellung ihrer Schulen Vorbildliches geleistet. Bei dem Aufruf zur freiwilligen Aufbaumungsarbeit haben die meisten Schulen der Schulverwaltung Programme eingereicht, wie sie die Arbeit in Angriff zu nehmen gesehen; Entfernung des Schutte von den Schulhöfen, Ausfüllen von Sprengtrichtern, Anlage von Grünflächen, wo früher Schutt gelegen hat und Sprengtrichter eine allgemeine Gefahr bedenten.

So gibt es Arbeit über Arbeit, Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, die trotz der Ungunst der Verhältnisse überwunden werden müssen. Wenn alle verfügbaren Kräfte zusammenstehen und einheitlich sich der großen Aufgabe widmen und einsetzen, dann muß und wird es gelingen, von Stufe zu Stufe ein Stück auf dem schweren Wege des Aufbaus und der Neugestaltung unseres Schullebens weiterzukommen.

Mit der Jugend ist uns das Kostbarste Gut der Nation anvertraut. Zeigen wir uns ihrer würdig und seien wir der Jugend Helfer und Berater.

Wir bitten die Ratsherren und die Öffentlichkeit um in unserer schweren Zeit zu helfen, um der Jugend in den Schulen wieder eine gesunde Pflegestätte zu geben.

Der Oberbürgermeister dankt dem Vortragenden für sein vorzügliches Referat und versichert ihm der Hilfe der Stadtvertretung und Stadtverwaltung.

3. Betrifft: Umbau der Kaserne III Michhof für Schulzwecke.

Berichterstatter: Stadtrat W i t t m a n n, der sich auf die Vorlage (Anl. 1) bezieht.

Seine Oberstadträtin J e n s e n beantwortet ausführlich Fragen, die sich auf die Schwierigkeiten beziehen, die durch den viel zu kleinen für Schulzwecke in Kiel zur Verfügung stehenden Raum verursacht werden.

Ratsherr S c h l i e n t i n g stimmt grundsätzlich dem Vorhaben zu, bittet aber um Auskunft, obichergestellt sei, daß die

Aufwendungen

Aufwendungen in Höhe von 50.000 RM, die die Stadt Ziel an einem nicht städtischen Gebäude vornimmt, auch tatsächlich städt. Interesse gute kommen. Das wird von Frau Oberschulrätin Jensen bejaht.

Ratsherr Schlichting regt ferner an, für die Lehrer, die infolge der ungünstigen Schulverhältnisse so außerordentlich stark in Anspruch genommen seien, Schwerstarbeiteranlagen zu bewilligen. Stadtschulrat Hr. P a n i e l s e n beantwortet die Anfrage und teilt mit, daß die Lehrer an der Schulkinderbespeisung teilnehmen. Sie erhalten dadurch eine zusätzliche Verpflegung, die etwa den gleichen Wert hat, wie die Nahrungsmittel, die auf Grund einer halben Schwerarbeiterkarte erhältlich sind.

Stadtrat Schlichting weist ferner darauf hin, daß unbedingt etwas geschehen müsse, um die Schulkinder mit Schutzeug zu versorgen. Nach seiner Auffassung läßt sich das erreichen, wenn den Flüchtlingshandwerkern, die sich in der Ruenser Gegend niedergelassen haben, Erlaubnis und Leder für Sandalen geliefert werden. Stadtschulrat Hr. Panielsen beantwortet die Anfrage, die Schulverwaltung hätte sich bereits in dieser Richtung bemüht. Es würde jedoch einfach kein Holz freigegeben.

Ratsherr K r a u t z u r e t bittet, dafür Sorge zu tragen, daß unter allen Umständen die Baracken, in denen s. St. behelfsweise Unterricht gegeben wird, für diesen Zweck erhalten bleiben. Neben der Notwendigkeit zur Sicherstellung der materiellen Mittel für die Durchführung des Schulunterrichts weist er auf das übergeordnete Ziel einer demokratischen Neuorientierung des Unterrichts hin. Dazu sei nötig, daß vor allen Dingen Demokraten als Lehrer eingesetzt werden. Die Internationalisierung müsse deshalb mit größter Sorgfalt durchgeführt werden. Bürgermeister S a y k erklärt mit Nachdruck, daß vonseiten des Rates alles geschehen sei und auch in Zukunft alles geschehen würde, was menschlich möglich sei, um die Schulen instandzusetzen. Er gibt die Versicherung ab, daß die ersten Gebäude, die in Ziel neu gebaut werden, Schulen sein sollen.

Oberbürgermeister K o e h bringt sodann die Vorlage zur Abstimmung. Die Stadtvertretung stimmt dem in der Vorlage enthaltenen Antrage einstimmig zu.

3. Betrifft: Mietweise Überlassung des Saales im Thalow-Museum.
Berichterstatter: Stadtrat W i t t m a n n .

Er bezieht sich auf die den Ratsherren zugegangene Vorlage (Anl. 2). Frau Oberschulrätin J e n s e n macht noch einige Mitteilungen über den Verlauf der Verhandlungen.

Beschluß:

Die Stadtvertretung stimmt dem Antrag gem. Vorlage einstimmig zu.

4. Betrifft: Neuregelung des Systems der Bezirks-Architekten.
Berichterstatter: Bürgermeister S a y k .

Das in Ziel bisher angewendete System der Bezirks-Architekten ist einer gründlichen Überprüfung unterzogen worden, deren Ergebnis in der Vorlage (Anl. 3+4) festgehalten ist. Aufgabe der Bezirksarchitekten bleibt nach wie vor die Entscheidung über die Reihenfolge der Wohnungseinbautätigkeiten und die Baustoffverteilungen. Die demokratische Kontrolle durch die Beiräte bei den Bezirksarchitekten die sich als äußerst wirksam zur Beseitigung gewisser Mängel

besührt

berührt hat, bleibt in vollem Bestande aufrechterhalten.

Beschluß:

Die Stadtvertretung nimmt die Vorlage einstimmig an.

5. Betrifft: Vergabung der Bauarbeiten zur Verbilligung der Entwässerungsleitung Brunswiker Straße im Zuge der Aufschüttungsarbeiten an der Wasserfall an die Firma **Karl S c h a r n b e r g**, Kiel.

Berichterstatter: Bürgermeister S a y k .

Berichterstatter verweist auf die Vorlage (Anl.5).

Beschluß:

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

6. Betrifft: Vergabung des Abbruchs einer Brücke auf dem Sperrmaffen-Arsenal in Jägerberg-Kordigen.

Berichterstatter: Bürgermeister S a y k .

Berichterstatter verweist auf die Vorlage (Anl.6). Rathherr **K l e t s c h e r** regt an, sicherzustellen, daß die Stadt Kiel nur das Holz beschilt, das ihr von dem mit dem Abbruch der Brücke beauftragten Unternehmer tatsächlich geliefert wird.

Beschluß:

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

7. Abgesetzt.

8. Betrifft: Zuschlagsverteilung auf Durchführung von Oberflächenbehandlung verschiedener Straßen.

Berichterstatter: Bürgermeister S a y k .

Berichterstatter verweist auf die Vorlage (Anl.7).

Beschluß:

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

9. Betrifft: Grundstückserweiterung an der Flensburger Straße.

Berichterstatter: Bürgermeister S a y k .

Berichterstatter verweist auf die Vorlage (Anl.8).

Beschluß:

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

10. Abgesetzt.

11. " "

12. a.2.

Betrifft: Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1946.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Berichterstatter gibt der Stadtvertretung von einer einschneidenden Verschrift über die Haushaltswirtschaft der Stadt Kiel Kenntnis. Durch die allgemeine Anordnung der Mil. Reg. über die Freigabe der Mittel für das 1. Quartal 1946 ist eine Kürzung städtischer Ausgaben um 20 v.H. vorgeschrieben worden. Es läßt sich noch nicht übersehen, welche Folgen das in einzelnen für die Finanzwirtschaft der Stadt Kiel haben wird. Es jedoch viele Ausgaben unangenehm sind, insofern, als sie auf gesetzlicher Verpflichtung oder Vertrag

beruhen.

beruhen, muß damit gerechnet werden, daß andere Ausgabenseite gleich in Fortfall kommen. Infolgedessen ist in der Haushaltswirtschaft größte Sorgfalt geboten. Er meinte, es dürfte jedoch nicht möglich sein, 20% zu kürzen, da der Haushalt bereits sorgfältig aufgestellt sei. - Oberstadtdirektor L e h m k u h l macht auf Anfrage einige Mitteilungen über den Stand der Angelegenheit.

Beschluß:

Konstanz genommen.

13. a. l.

Betrifft: Anschließung der Gemeinde Bieseby zur Zerstörung von Mietungsanlagen.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Berichterstatter verliest das Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Bieseby und die Anschließung der Gemeindevertretung Bieseby vom 19.6.1946 sowie das von ihm abgeordnete Antwortschreiben vom 24.6.1946 (Anl. 9, 10, 11) und bittet um nachträgliche Zustimmung zu dem Antwortschreiben.

Beschluß:

Die Stadtvertretung stimmt einstimmig zu.

14. a. l.

Betrifft: Um- und Neubestattung von Ausschüssen.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Beschluß:

Die Stadtvertretung stimmt einstimmig den Veränderungen lt. Vorlage (Anl. 12) zu.

Die Stadtvertretung wählt ferner einstimmig als Nachfolger für den Herrmann Müller im Fachausschuß für die Straßenreinigungsanstalt den Herrmann H o m b r e c h e r .

Die Stadtvertretung wählt entsprechend dem Vorschlage des vorbereitenden Ausschusses zur Bildung Freier Gewerkschaften zur Erweiterung der Entnazifizierungs-Ausschüsse folgende Mitglieder:

- | | |
|--------------------------------------|---|
| Für den Ausschuß öffentl. Verwaltung | Friedrich P o p p , Kiel, Kantstraße 10, geb. 7.4.99, |
| " Handwerk | Stolte, Hans, Kiel, Ringstr. 8, |
| " Industrie | Peterson, Emil, Kiel, Barriessstraße 53, geb. 3.10.97, |
| " Groß-u. Kleinhandel | Heidemann, Ernst, Kiel, Gatenbergstr. 10, geb. 23.3.95, |
| " Banken- und Kreditwesen | Hahn, Willi, Kiel, Bergstr. 7b, geb. 27.7.05, |
| " Landwirtschaft | Schmidt,) nähere Angaben werden nachgereicht |
| " Vereine u. Körperschaften | Hein, Willi, Kiel-Searden, Buschfeldstraße 5, |
| Lehrer | Dübel, Frieda, Kiel, Bergstr. 7b, |
| " Revisionsamt | Vierthaler, August, Kiel, Calvinstr. 4. |

Für das Revisionsamt wird der vorbereitende Ausschuß zur Bildung Freier Gewerkschaften noch ein weiteres Mitglied vorgeschlagen müssen, weil der in Vorschlag gebrachte Dr. Rasmuschidt bereits dem Revisionsamt angehört.

Stadttrat

Stadtrat **H e h n e k e** besorgt, daß die freie demokratische Partei Wert darauf legt, an den Ausschüssen der Stadtverwaltung beteiligt zu werden und bittet dringend, seine Partei in Zukunft zu berücksichtigen.

15. a. l.

Betrifft: Zustimmung zur Ernennung von Beisitzern für das Landesverwaltungsgericht.

Berichterstatter: Bürgermeister **G a y k**.

Berichterstatter trägt lt. Vorlage (Anl. 15) vor.

Beschluß:

Die Stadtvertretung billigt einstimmig nachträglich die Vorschläge. Eine Stimmenthaltung.

16. a. l.

Betrifft: Erweiterung der Stadtvertretung.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Die Mil. Reg. hat an den Oberbürgermeister die Anfrage gerichtet, ob die Stadtvertretung Wert darauf lege, daß 2 weitere Mitglieder ernannt würden, was an sich auf Grund der Einwohnerzahl möglich wäre. Der Oberbürgermeister billigt eine Änderung in der Zusammensetzung der Stadtvertretung vor den Wahlen nicht für angebracht. Stadtrat **Reincke** widerspricht der Behandlung dieser Frage in der Ratversammlung mit dem Hinweis, daß der Beschluß an anderer Stelle entschieden werde. Er seinte, die Mil. Reg. werde darüber entscheiden. Der Oberbürgermeister wies darauf hin, daß die Mil. Reg. gerade geboten habe, die Ratversammlung solle darüber beraten.

Beschluß:

Einstimmige Zustimmung der Stadtvertretung zur Auffassung des Oberbürgermeisters. Eine Stimmenthaltung.

17. a. l.

Betrifft: Schutträumung in Kiel.

Berichterstatter: Bürgermeister **G a y k**.

Bürgermeister **Gayk** verliest ein Schreiben der Mil. Reg. - Det. 312 an den Leiter des engl. Baudirec. **Wister Williams**, in dem ausdruck gebracht wird, daß Kiel nach dem Urteil belgischer Offiziere, die kürzlich die Stadt besichtigten, die am planmäßigsten aufgeräumte Stadt Deutschlands sei. Die Verdienste des für die Schutträumung zuständigen Kommandeurs **Bauer** werden ausdrücklich erwähnt. Bürgermeister **Gayk** dankt die Anerkennung auch auf die anderen Herren des Bauswesens und die freiwilligen Helfer bei der Schutträumung aus. Er bittet alle, die trotz der Anfahrungskatastrophe noch über genügend Kräfte verfügen, weiterhin bei der Aktion mitzumachen und spricht die Zuversicht aus, daß die Erfolge der Schutträumung in Kiel, in denen eine besondere Initiative der Stadtvertretung und der Bürgerschaft zum Ausdruck kommt, Betriebe ermutigen wird, ihren Sitz hierher zu verlegen.

Beschluß:

Kenntnis genommen.

18. a. l.

Betrifft: Vertreter im Provinziallandtag.

Berichterstatter: Oberstadtdirektor.

Die Mil. Reg. hat schriftlich mitgeteilt, daß nach den Kreiswahlen die Auswahl der Vertreter der Stadt- und Landkreise im Provinziallandtag abgeschlossen ist.

Beschluß:

Kenntnis genommen.

19. a. 7.

Betrifft: Wiederaushablung der Gemüsekarten an Kleingartenbesitzer.

Berichterstatte: Stadtrat K a r g e .

Berichterstatte bringt den folgenden Dringlichkeitsantrag der KPD.-Fraktion ein:

In Anbetracht der aufgewendeten Mühe und den durch Arbeitsleistung verbrauchten Kalorien sowie der Gefahr des Diebstahls und der dadurch bedingten Mehrleistung durch Nachgehen sowie der Gefahr einer Missete und der Zerstückung von Pflanzgut durch Wildkaninchen und sonstigen Ungeziefer erscheint es ungerecht, den Kleingartenbesitzern die Gemüsekarte zu entziehen. Die Stadtvertretung beschließt, den Kleingartenbesitzern die Gemüsekarte wieder auszuhandigen.

Oberstadtdirektor L e h m a n n weist darauf hin, daß die Ratversammlung nur einen Antrag beim Landesernährungsamt stellen könne.

Bürgermeister Gayk stimmt dem Antrage zu und hebt hervor, daß die Großstädter höhere Lebensmittelzuteilungen brauchen, als die Bewohner des flachen Landes und der Kleinstädte. Der Oberbürgermeister teilt an der Forderung des Bürgermeisters Gayk mit, daß auf der Sitzung des Städtetages für die britische Zone, die kürzlich in Keln stattfand, eine Erhöhung der Lebensmittelzuteilungen für Städte um 200 Kalorien täglich und Gewährung von Sonderrationen für Städte über 200.000 Einwohner für erforderlich gehalten worden sei. Rathherr Schatz weist auf die Ungerechtigkeit hin, die darin besteht, daß Kleingartenbesitzer ohne Rücksicht auf die Größe ihrer Gärten gleiche Mengen an Saatgut und Düngemitteln erhalten, während die Zahl der eingewegenen Gemüsekarten sich nach der Größe der Gärten richtet.

Die Stadtvertretung faßt einstimmig folgende Entschliessung:

Es wird beschlossen, beim Landesernährungsamt die sofortige Rückgabe der einbehaltene Gemüsekarten an Kleingartenbesitzer und die Erhöhung der Lebensmittelzuteilungen um 200 Kalorien täglich für den Stadtteil sowie die Gewährung von Sonderrationen für die Städte mit über 200.000 Einwohnern zu beantragen.

20. a. 1.

Betrifft: Brennstoffversorgung.

Stadtrat Behncke stellt die Anfrage, ob die Brennstoffversorgung für den kommenden Winter gesichert sei bzw. welche Maßnahmen geplant seien, um die Brennstoffversorgung sicherzustellen. Rathherr Schlichting teilt dann als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Ernährung mit, daß in Aussicht genommen sei, 3 Kontner Torf je Kartenperiode und je Haushalt zu liefern. Oberbürgermeister erklärt, die Frage der Brennstoffversorgung würde in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung behandelt werden. Vorher würde den Mitgliedern der Stadtvertretung Material zugehen. Damit ist Stadtrat Behncke zufrieden gestellt.

21. a. 1.

Betrifft: Lebensmittelkartenausgabe.

Rathherr S t a d e beklagt sich darüber, daß bei der letzten Kartenausgabe die Abholer 1 1/2 bis 2 Stunden warten mußten. Im Bezirk 91, wo er nachmittags diese Wahrnehmung machte, hat ihn der

Vorstand

Vorsteher erklärt, die lange Warteseit sei darauf zurückzuführen, daß er für die Nachmittagsstunden nicht mit solch großem Andrang gerechnet und deshalb einen Teil des Personals beurlaubt hätte.

Herr Schlichting betont, daß die Vertrauensleute der Betriebe bei der Ermittlung von Scheinverhältnissen anlässlich einer Kartenausgabe ausgezeichnete Arbeit geleistet und 1.800 Scheinverhältnisse aufgeleckt hätten. Er schlug vor, die Vertrauensleute auch bei der Kartenausgabe einzusetzen. Bürgermeister Gayk teilt mit, daß über die weitere Arbeit der Vertrauensleute, die auch er hervorhebt, der Stadtvertretung berichtet werden wird.

Beschluß:

Kenntnis genommen.

Der Oberbürgermeister schließt die Sitzung der Stadtvertretung um 17,20 Uhr.

gez. Lehmkühn

Oberstadtdirektor.

begl. Kank

Stadtinspektor 3/VII. 26.

Kiel, den 9 Juli 1946

1.) Auszüge aus der Sitzung der Stadtvertretung vom 26. Juni 1946 erhalten:

- ab 9/17
- Von Punkt 1 der Tagesordnung: das Schulamt
hier
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Von Punkt 2 der Tagesordnung: a) Frau städtische Oberschulrätin Jensen
hier
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
b) Herr Stadtkämmerer Dr. Jeschke
hier
mit der Bitte um ^{RH}weitere Veranlassung.
c) Herr Stadtbaudirektor Jensen
hier
mit der Bitte um ^{RH}weitere Veranlassung.
- Von Punkt 3 der Tagesordnung: a) Frau städtische Oberschulrätin Jensen
hier
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
b) Herr Stadtkämmerer Dr. Jeschke
hier
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Von Punkt 4 der Tagesordnung: Herr Stadtbaudirektor Jensen
hier
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
- Von Punkt 5 der Tagesordnung: a) Herr Stadtbaudirektor Jensen
hier
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
b) Herr Stadtkämmerer Dr. Jeschke
hier
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Von Punkt 6 der Tagesordnung: a) Herr Stadtbaudirektor Jensen
hier
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
b) Herrn Stadtkämmerer Dr. Jeschke
hier
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Von Punkt 8 der Tagesordnung: a) Herr Stadtbaudirektor Jensen
hier
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
b) Herr Stadtkämmerer Dr. Jeschke
hier
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Von Punkt 9 der Tagesordnung: Herr Stadtdirektor Niemeier
hier
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
- Von Punkt 12 der Tagesordnung: Herr Stadtkämmerer Dr. Jeschke
hier
mit der Bitte um weitere Veranlassung.

- Von Punkt 13 der Tagesordnung: das Ratsamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- Von Punkt 14 der Tagesordnung: das Hauptamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- Von Punkt 15 der Tagesordnung: das Ratsamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- Von Punkt 16 der Tagesordnung das Hauptamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- Von Punkt 17 Der Tagesordnung Herr Stadtbaudirektor J e n s e n
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- Von Punkt 18 der Tagesordnung das Hauptamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- Von Punkt 19 der Tagesordnung: das Stadternährungs- und Wirtschaftsamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- Von Punkt 20 der Tagesordnung: das Stadternährungs- und Wirtschaftsamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- Von Punkt 21 der Tagesordnung: ^{Arbeitsamt}
das Stadtwirtschaftsamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2.) Zu den Akten.

Der Oberstadtdirektor



Handwritten initials or mark in the bottom right corner.